

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatlich. Einzelne Nr. 30 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 M., unter Eingehalt 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): I. S. Dr. phil. Friedr. Purtyß.

Nr. 243

Dienstag, 18. Oktober

1921

Ungelöste Fragen.

Von den beiden Fragen nach dem Schicksal Oberschlesiens und der Haltung der Reichsregierung ihm gegenüber läßt sich auch heute noch keine endgültig beantwortende Die „Voll. Ztg.“ will zwar wissen, daß bereits am Donnerstag der laufenden Woche Deutschland und Polen die Verwaltung der ihnen zufallenden Teile Oberschlesiens übernehmen sollten; die Meldung selbst aber nicht sehr wahrscheinlich an, da nach § 6 der Anlage zu Art. 88 des Friedensvertrags die Behörden des als deutsch anerkannten Gebiets die Verwaltung erst im Laufe des auf die amtliche Bewachung von der Entscheidung folgenden Monats zu übernehmen haben. Auch sind verschiedene Einzelheiten dem Anschein nach noch nicht geregelt, wie aus folgender Meldung zu schließen ist:

Paris, 16. Oktober. In einem Bericht über die diplomatische Lage beschäftigt sich Hobbes mit den Einzelheiten, die in der gestrigen Sitzung der Völkerbundkonferenz noch nicht geregelt worden sind.

Die Engländer vertreten den Standpunkt, daß die Genfer Lösung ein unteilbares Ganzes darstelle. Die Grenzführung müsse notwendigerweise zu gleicher Zeit mit dem provisorischen Regime wirtschaftlicher Anpassung verbunden sein. Wenn auch der Vertrag den Verbänden das Recht gebe, den beiden Staaten eine territoriale Trennung in Oberschlesien aufzuzwingen, so sei es ihnen nicht gestattet, den gleichen Staaten diese oder jene politische oder wirtschaftliche Konvention aufzuzwingen. Die englischen Vertreter fragten deshalb, was die Verbände tun könnten, wenn eine der beiden Parteien sich weigern würde, die in Genf empfohlenen wirtschaftlichen Konventionen abzuschließen. Man scheint nach dieser Richtung in London hauptsächlich am guten Willen Polens zu zweifeln. Man fragte ferner, ob denn eine Frage noch offen gelassen werden könne, die den Westländern, wenn sie noch länger in der Schwere bleibe, in Gefahr bringen würde.

Von französischer Seite antwortete man hierauf: Gewiß nicht. Man erklärte jedoch, daß der Genfer Vorschlag zwei Teile enthalte, die sich ergänzen, aber voneinander unabhängig seien. Aus diesem Grunde schlug man in französischen Kreisen folgendes Verfahren vor: Man demnachrichte Berlin und Warschau formell über die neue Grenzlinie. Nach Artikel 88 Absatz 6 seien die polnischen und die deutschen Behörden verpflichtet, im Laufe eines Monats nach der Ratifizierung die Verwaltung der zugewiesenen Gebiete zu übernehmen. Sei das geschehen, dann nehme die Befugnis der internationalen Kommission ihr Ende. Es wäre dann wünschenswert, daß im Laufe dieses Monats Polen und Deutschland die vom Völkerbunde empfohlenen wirtschaftlichen Konventionen abschließen. In diesem Zwecke teile man ihnen die Vorschläge des Völkerbundes mit. Die Völkerbundkonferenz verpflichte die beiden Regierungen, sofort Vollmachten zum Abschluß der für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftlebens notwendigen Abkommen zu ernennen. Warschau und Berlin sollten dann aufgefordert werden, auch ihre Delegierten für die gemischte Verwaltungskommission zu bestimmen. Der Völkerbund seinerseits werde unverzüglich den Präsidenten neutraler Nationalität für diese Kommission ernennen. Mit einem Worte, man appelliere an die Weisheit der beiden Völker, damit sie nach gemeinsamem Übereinkommen des Übergangsregime, das die neue Lage verlange, festlegen.

Die nachstehende Londoner Depesche gibt eine Reihe von Einzelheiten zu dem, was bereits über die Zerreißung Oberschlesiens bekannt geworden ist, und bekräftigt damit leider durchaus die bisher gegebenen Befürchtungen:

London, 17. Oktober. „Observer“ bringt eine Übersicht über die Entscheidung des Obersten Rates in der ober-schlesischen Frage, die morgen veröffentlicht werden soll. Das Resultat der Lösung des Völkerbundes ist, dem Blatte zufolge, daß die Hälfte des ober-schlesischen Industriegebietes, das infolge seiner jahrhundertelangen Entwicklung unter deutscher Verwaltung einer der wichtigsten industriellen Mittelpunkte Europas geworden ist, besonders das wirklich ertragreiche Industriegebiet Oberschlesiens, Deutschland weggenommen und Polen gegeben wird.

In der Hauptsache läßt die Lösung auf folgenden hinaus:

1. Die neue politische Grenzlinie schneidet mitten durch das Industriegebiet. Sie ist festgelegt worden nur nach dem Grundsatze, eine Mindestzahl von Polen auf deutscher und eine Mindestzahl von Deutschen auf polnischer Seite zu lassen.

2. In wirtschaftlicher Beziehung habe man versucht, der politischen Grenze ihre Bedeutung zu nehmen, indem man gewisse wirtschaftliche Maßregeln erließ, die dazu bestimmt seien, den einheitlichen Charakter des Industriegebietes während eines Zeitraumes von 15 Jahren zu wahren. Es werde die Schaffung einer gemischten Kommission von Deutschen und Polen vorgeschlagen, sofern beide Parteien dies wünschten, und zwar unter dem Vorsitz eines Völkerbundsvertreters. Dieser sollte die Befugnis haben, die praktischen Einzelheiten zur Durchführung des Planes auszuarbeiten. Der Kommission solle eine Reihe gemischter Ausschüsse zur Seite stehen.

3. Bei der Frage der Eisenbahnen solle z. B. ein gemischter Ausschuss einen Plan zur Aufrechterhaltung des gesamten Eisenbahnsystems sowohl auf polnischer wie auf deutscher Seite der Grenzlinie als gemeinsames System für das gesamte Industriegebiet auszuarbeiten. Die Eisenbahnen aus den Eisenbahnen sollen nach der Länge der Schienenstrecke sowie nach dem Umfange des Verkehrs in den verschiedenen Zonen verteilt werden.

4. Es sei klar, daß die politische Grenze sofort Zollgrenze werde. Um jeden Einwand zu beheben, schlage der Völkerbundrat vor, daß zwei Übergangsperioden geschaffen werden sollen, nämlich eine von 6 Monaten und eine von 14 1/2 Jahren, während deren die normalen Zollabgaben eingeführt werden sollen.

5. In der Periode von 6 Monaten solle es den beiden Staaten vollkommen gestattet sein, ihre Geschäfte zu organisieren, als ob die politische Grenze überhaupt nicht bestände. Wenn beispielsweise ein deutscher Artikel, der nach Deutschland zur Verarbeitung in Oberschlesien eingeführt werde, nach einer Fabrik geschickt werden sollte, die auf der polnischen Seite der neuen Grenzlinie liege, so könne der Gegenstand die neue Grenze passieren, ohne daß Zoll entrichtet werden müsse.

6. In der Periode von 14 1/2 Jahren sollten alle Rohstoffe, die aus der deutschen oder polnischen Zone stammten oder in einer dieser Zonen verbraucht werden sollten, die Grenze ohne Zoll hin- und herpassieren. Dergleichen könnten z. B. solche Waren, die in deutschen Fabriken und in polnischer Zone fertiggestellt werden, Zollfrei ausgehen.

7. Die gemischte Kommission solle befugt sein, ein allgemeines Übereinkommen zwischen Deutschland und Polen auszuarbeiten, das vollständige Ausfuhrfreiheit für die Artikel vorsieht, die von den Industriellen auf der jeweils anderen Grenzlinie gebraucht werden. Eine besondere Klausel sei beigesetzt, die es Deutschland nicht gestatte, auf Waren aus Polen Einfuhrzoll zu legen.

8. Während einer Periode von 15 Jahren sei keinerlei Zwangsenteignung gestattet.

9. Die Deutschen, die auf der polnischen Seite der Grenze leben, hätten während der 15 Jahre das Recht, für die deutsche Untertanenschaft zu stimmen.

10. Die deutsche Mark werde als gesetzliches Zahlungsmittel in der polnischen Zone anerkannt.

11. Die deutsche soziale Gesetzgebung bleibe in Kraft, bis die polnische Regierung allgemein eigene Gesetze ausgebreitet habe.

12. Die Wasserversorgung im ganzen Industriegebiet, jedenfalls soweit die bestehenden Systeme in Betracht kommen, bleibe in dauernder internationaler Handhabe.

13. Das augenblickliche System der elektrischen Kraftversorgung solle bestehen bleiben. Die Polen sollten jedoch nach einem Zeitraum von drei Jahren das Recht haben, eine der beiden Kraftstationen im Industriegebiet anzukaufen. Die Kraftstation, die für den Verkauf durch die Polen in Betracht komme, sei die von Chorzow, das auf polnischer Seite liege, da die andere Kraftstation, nämlich die von Hindenburg, auf deutscher Seite liege.

„Observer“ kann über den genauen Verlauf der vom Völkerbunde vorgeschlagenen politischen Grenze keine Angaben machen. Man könne jedoch sehr wohl mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß neben Plesch und Rybnitz drei der wichtigsten industriellen Mittelpunkte, nämlich Kattowitz, Königshütte und Zarnowitz, an Polen fallen würden. „Observer“ erklärt, eine Ausbändigung von Kattowitz und Königshütte, die bei der Volksabstimmung eine Mehrheit von 17 000 und 21 000 Stimmen zugunsten Deutschlands aufwies, sei bei weitem der ernsteste Punkt im Plane des Völkerbundes. Vor allem sei wichtig, daß Kattowitz der Eisenbahnmittelpunkt des südlichen Teiles des Industriegebietes sei. Die Hauptlinie Berlin-Kraukau gehe durch Kattowitz. Der südwestliche und westliche Teil des Bergwerkbereiches gehöre den Polen. Die Zinkgrube, die fast vollkommen im östlichen Teile des Industriegebietes liege, nämlich von Ostlich Deutsch bis Antonienhütte und bis zum Zipine-Bogen werde ebenfalls polnisch. „Observer“ weist darauf hin, obgleich die deutschen Interessen im ober-schlesischen Industriegebiet, das man jetzt Deutschland wegnehme, zeitweise geschädigt seien, so betrage doch der Zeitraum, worin dies der Fall sei, nur 15 Jahre. Danach trete Polen in den vollen Besitz des Gebietes. Das Kapital, die Leitung und die gelehrten Arbeiter in dem jetzt Polen zugewiesenen Gebiete seien vollkommen deutsch.

Man wird übrigens gut tun, auch diese ins einzelne gehenden Angaben des Londoner Blattes mit Vorsicht aufzunehmen, da manche von ihnen, so z. B. die Angabe über das Optionsrecht der Deutschen und der Polen, nicht mit dem Friedensvertrag in Einklang zu bringen sind. Wie sich die deutsche Regierung zu ihnen stellen wird, ist noch nicht bekannt.

Polnischer Protest gegen die Zerreißung Oberschlesiens.

Die polnische Sektion der Oberschlesier hat das folgende, die neue Einteilung in Oberschlesien scharf zeichnende Telegramm an den Völkerbund geschickt:

Hoch Völkerbundsrat! Die polnische Sektion des Bundes der Oberschlesier erhebt schärfsten Einspruch gegen eine Teilung der ober-schlesischen Heimat und erblickt in der angeblich geplanten Teilung Oberschlesiens eine durchaus unsachliche und dem Willen des ober-schlesischen Volkes in keiner Weise entsprechende Regelung der ober-schlesischen Frage. Wenn die Zeitungsmeldungen aus Genf zutreffen, droht unserer Heimat eine Zeit schwerer innerer Zerrwürfnisse, wirtschaftlichen Niedergangs und unerbittlicher Leiden. Wir polnischen Oberschlesier verlangen darum nochmals, daß wir vor der Entscheidung über unsere Heimat gerufen werden, und erziehen den Völkerbund, unsere Vertreter zu empfangen.

Der Gesandtenwechsel in Prag.

Der neue deutsche Gesandte in Prag, der bisherige sächsische Gesandte in Berlin, Dr. Koch, sollte Montag in Prag eintreffen und im Laufe der Woche die Geschäfte übernehmen. Dr. Sängler wird Ende Oktober Prag verlassen.

Die Berliner Stadtverordnetenwahlen.

Berlin, 16. Oktober. Nach nicht amtlicher Zählung bis 1 Uhr nachts sind bei den Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlen in sämtlichen 20 Bezirken 815 000 sozialistische und 635 000 bürgerliche Stimmen abgegeben worden. Es ist also eine kleine bürgerliche Mehrheit zu verzeichnen. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 70 Proz.

Der amerikanische Eisenbahnerausstand.

New York, 16. Oktober. (Reuter.) Wenn die Aufforderung zum Eisenbahnerstreik in vollem Umfange befolgt wird, so werden am 30. d. M. über 1 1/2 Millionen Eisenbahnangehörige in den Ausstand treten und am 2. November etwa 2 Millionen Angestellte infolge der gänzlichen Einstellung des Eisenbahnbetriebes feiern. Wie gemeldet wird, haben über 90 Proz. der Angestellten bereits für den Streik gestimmt.

Abgekartetes Spiel.

Man muß es den englischen und ebenso den französischen Staatsmännern lassen, sie verstehen es in meisterhafter Weise, von der Welt in Deutschland manches lernen können, ihre Ziele nach außen hin durch ein geschicktes Komödientenspiel zu verbergen. Regelmäßig verständigen sich die Kabinette von Paris und London, lassen aber durch die ihnen aufs Wort folgende Presse ihrer Länder ein Geschrei erheben, daß man glauben möchte, es gehe um Leben und Tod des Verbundes. In Wahrheit dient der ganze Rummel nur dem Zweck, dem Publikum, und zwar vor allem der deutschen Öffentlichkeit, Sand in die Augen zu streuen, damit sie die wahren Absichten der Akteure nicht durchschaue.

So ist es auch jetzt wieder mit der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens. Als Charakteristikum der heutigen Lage wird von den verschiedensten Seiten herangezogen, daß England nunmehr sich vollständig dem französischen Standpunkte angeschlossen habe und bereit sei, die Entscheidung des Völkerbundesrat vorzubehalten anzunehmen. Wer aber in der Geschichte der letzten Monate etwas zurückblättern will, wird bei einiger Aufmerksamkeit manche Beweise dafür entdecken, daß die britisch-französische Übereinstimmung keineswegs erst von vorgestern stammt. Manche Zeitungsmeldungen, die schon Mitte Juni von einer englisch-französischen Annäherung in der ober-schlesischen Frage zu berichten wußten, aber in der sommerlichen Polemik der großen Politik — soweit man von einer solchen überhaupt reden kann — kaum beachtet wurden, gewinnen heute eine ganz andere, wesentlich erhöhte Bedeutung.

Gewiß bestanden einmal nicht geringe Meinungsverschiedenheiten zwischen den Diplomaten von der Seine und denen von der Themse. Am 12. Mai hatte Lloyd George im Unterhause seine große Rede über die ober-schlesische Frage gehalten und darin das ober-schlesische Problem direkt als das Friedensproblem bezeichnet. Er hatte weiter ausgeführt:

„Wenn Polen gestattet wird, in die deutschen Provinzen einzufallen, würde das sehr böse Folgen haben. Deutschland wird das Recht haben, zu den Verbänden zu sagen: „Sie haben mich gezwungen, meine Verpflichtungen innezuhalten; was haben Sie aber hinsichtlich Ihrer Verpflichtungen getan?“ Ich erkläre feierlich, daß es nicht allein eine Ehrensache, sondern auch eine Sache der Sicherheit ist, daß wir uns zu dem Versailles Vertrag bekennen, gleichgültig, ob der Vertrag für oder gegen uns ist. Sie können sagen, es handle sich nur um Deutsche, aber ich sage, die Deutschen haben das Recht auf jeden Punkt, den ihnen der Versailles Vertrag gibt. . . Das ist eheliches Spiel, und Großbritannien hat immer für ein eheliches Spiel plädiert.“

Diese Rede machte in Paris sehr böses Blut. Schon am 14. Mai erschien im „Temps“ eine Äußerung Briands, die sich scharf gegen die Ausführungen Lloyd Georges wandte, und auch die übrige französische Presse ließ auf einen Punkt vom Quai d'Orsay her prompt in dasselbe Horn. Das Leitmotiv war: Oberschlesien darf nicht bei Deutschland bleiben. Briand erklärte im „Temps“, die Auslegung, wonach bei der „Verteilung“ der Gebiete nach Bezirken geredet werden sollte, entspreche den Bestimmungen des Vertrags von Versailles nicht, und es sei ganz unzulässig, daß in dem Industriegebiet, wo die polnische Arbeiterbevölkerung in großer Mehrheit sei, diese Arbeiter den deutschen Arbeitgebern und Großindustriellen aufgeopfert würden unter dem Vorwande, daß es sich nur um Arbeiter handle, die in dem betreffenden Gebiet anfällig seien. Daraufhin ließ Lloyd George am 18. Mai durch Reuter eine Erklärung verbreiten, die rundweg den Franzosen den Vorwurf machte, daß sie eine weitere Besprechung der ober-schlesischen Frage auf der Londoner Konferenz verhindern hätten, und im übrigen in den Worten gipfelte: England wird treu zu der Entscheidung stehen, die von der Mehrheit der Mächte über Oberschlesien getroffen werden wird; es nimmt die Volksabstimmung als Ausdruck der Wünsche der Bevölkerung Schlesiens voll an.

Briand konnte um so leichter auf eine Fortführung der Polemik mit Lloyd George in der Presse verzichten, als ihm die am 19. Mai beginnende Debatte der Deputiertenkammer über die ausländische Politik ausreichende Gelegenheit